

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kekselindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Erkheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreigespaltene Peltzelle 50 Pfg., für die Zeilen 30 Pfg.

Die Kriegszeit als Übergangszeit.

Die Meinung, daß ein Krieg in der Gegenwart nur kurze Zeit dauern könne, war so lange allgemein verbreitet, bis uns er noch immer lobende Weltkrieg, vom Gegenteil überzeugt hat. Man glaubte es würde unmöglich sein, einen Krieg in die Länge zu ziehen, da die Schwierigkeiten in bezug auf die Beschaffung von Unterhaltsmitteln für die Heere, von Munition und Geld zur Kriegsführung so groß sein würden, daß allein schon einen baldigen Frieden nötig machten. Außerdem wies man hier auf die ungeheuren Verluste an Menschenleben und Menschengesundheit sowie auf die wirtschaftlichen Zerschütterungen und Schädigungen, die ein moderner Krieg unweigerlich im Gefolge hat, um die Behauptung zu begründen, es ein langwieriger Krieg heutzutage ein Ding der Unmöglichkeit sei. Und in der Tat war man beim Ausbruch des Krieges in der weitesten Kreise tiefenfest überzeugt, daß es blutige Völkerringen höchstens ein paar Monate währen würde.

Die Meinung über die mutmaßliche Dauer des Krieges wurde augenscheinlich allen zu Beginn des Krieges getroffenen Aussagen den Stempel auf. Es galt nur eine kurze Zeit abzuhalten, da das Eintreten normaler Verhältnisse nur eine Frage von Monaten oder gar Wochen sei, und die Menschheit machte den Eindruck einer von einem Unwetter überraschten Reisegesellschaft, die in einem Unterschlupf auf besseres Wetter wartet. „Duck dich und laß es vorüber gehn, das Wetter will seinen Willen han!“ dies süddeutsche Sprichwort bringt die Stimmung jener Wochen zum Ausdruck. Sie sich aber herausstellte, daß der Krieg doch länger dauern würde, als man angenommen hatte, suchte man sich auch während des Krieges häuslich eingerichteten Regierungen, Behörden, Organisationen und Einzelpersonen ermahnen die Notwendigkeit dauernde Einrichtungen zu treffen, die auf ein längeres Durchhalten berechnet sind. Je mehr, besonders im fernlichen Auslande, Stimmen laut wurden, die eine mehrjährige Dauer des Krieges voraussagten, desto mehr streiften die ergriffenen Regeln den Charakter des Provisorischen und Gelegenlichen, auf eine Übergangszeit berechnet ab, indem sie allmählich darauf abzielten, die gegenwärtige anormale Kriegszeit in eine spätere normale Friedenszeit hinüberzuführen. Gegenstandsmaßregeln sind ja immer Beruhigungsmaßregeln, und darum erscheint als eine dringende Forderung, unser wirtschaftliches, politisches, soziales und kulturelles Leben während des Krieges in die Entwicklung unseres Volkes organisch einzuordnen. Das besagt natürlich nicht, daß wir den Krieg als einen Normalzustand zu betrachten haben; aber es heißt, daß wir unsere Verhältnisse so zu gestalten haben, als ob der Krieg noch Jahre dauern könnte. In schwierigeren und dem Gleichmut zu bewahren, ist nach einem Worte des griechischen Dichters Horaz, eine große Tugend, und selbst in dem Donner der Kanonen normale Zustände herbeizuführen, ist die wichtigste Aufgabe der Gegenwart. Wenn ehrlich sein will, muß man sagen, daß die Absicht, etwas Neues zu schaffen, das in die Friedenszeit mit hinübergenommen werden kann, an den verschiedensten Stellen deutlich zu tritt. In immer weiteren Kreisen gewinnt die Ueberzeugung an Boden, daß die früher so beliebte Fleißarbeit Wert hat und deshalb durch eine solide, auf die Dauer berechnete Arbeit ersetzt werden muß. Warum soll man denn warten, bis der Krieg über ist, wenn man schon heute Möglichkeiten bietet, dauernde Werte für die Zukunft zu schaffen?

noch viel zu viele Köpfe. Große Bevölkerungsschichten leben in einer Übergangsstimmung, die sie zu jeder praktischen Gegenwartsarbeit untauglich macht. Sie verharrten in einer bedauerlichen Unfähigkeit und warten auf die kommende Friedenszeit, in der sie, wie sie sagen, wieder in Aktion treten werden. Sie gleichen den ersten Christen, die auf das ewige Reich der Gerechtigkeit hofften und sich deshalb mit dem Diesseits als einem Jammerthal abfanden, und sie ähneln auch den ersten Sozialisten, die ihre Kraft auf die Errettung des Zukunftsstaates richteten und darüber die Beseitigung gegenwärtiger Mängel vernachlässigten. Diese Übergangsmenschen legen müßig die Hände in den Schoß, wenn es sich darum handelt, die durch den Krieg nicht geschaffenen, aber sichtbar gewordenen Schäden unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit der Wurzel auszuröten, und sie beschränken sich darauf, über die

Merbt Mitglieder — füllt die Lücken, die der Krieg riß!

unhaltbaren Zustände zu jammern und zu schimpfen. Sie stehen den wichtigen Aufgaben, eine ausreichende Volksernährung zu ermöglichen und unsere Volkskraft während der Kriegszeit zu erhalten, mit einer geradezu erschreckenden Gleichgültigkeit gegenüber; aber sie interessieren sich aufs lebhafteste für die Nachrichten vom Kriegsschauplatz und für die Katastrophen um nebenfällige Dinge. Während unser Volk im Innern einen verzweifeltsten Kampf kämpft um seine wirtschaftliche Existenz, ergötzen sich zahlreiche, besonders jugendliche Leute an Haarpaltereien über allerlei Fragen, die nicht den geringsten praktischen Wert haben. Alles Interesse, das sie aufzubringen vermögen, verpulvern sie für Nebensächlichkeiten; aber für die dringendsten Forderungen der Gegenwart beweisen sie eine sehr bedauerliche Interesslosigkeit. Das politische, soziale und gewerkschaftliche Leben ist in weiten Kreisen der Bevölkerung ins Stocken geraten oder gänzlich zum Stillstand gekommen, was aus der flauen Beteiligung an der Gegenwartsdarstellung deutlich hervorgeht. Aus allen Gegenden Deutschlands und aus allen Berufsgruppen wird zum Beispiel darüber Klage geführt, daß die im Lande Zurückgebliebenen, besonders auch die Frauen, für das Organisationsleben wenig Interesse zeigen und vielfach sogar den Organisationen den Rücken kehren. Es mangelt diesen rückständigen Elementen an dem Verständnis für die Gegenwartsfrage, und vor allen Dingen fehlt ihnen ein soziales Pflichtgefühl und das Bewußtsein eigener Verantwortung. Sie legen einfach die Hände in den Schoß in dem Glauben, daß eine aktive Beteiligung an der Tagesarbeit augenblicklich keinen Zweck habe und daß man alle Kraft, wie sie sich ausdrücken, für die Kämpfe nach dem Kriege aufsparen müsse.

Diese Auffassung ist natürlich vollständig falsch. Sie beweist es gerade, daß sich unsere Verhältnisse während des Krieges in mancher Beziehung so sehr verschlechtert haben. Reist hat man leider den Lebensmittelmachern und Profiteuren das Feld überlassen und sich höchstens in Enttäuschungsresolutionen gegen sie gewehrt, anstatt eine praktische Preispolitik vom Standpunkte der Konsumenten aus zu betreiben. Wenn wir nicht an den Konsumentenorganisationen einen ziemlich Rückhalt hätten, wären wir den Volksausbeutern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Auch die Gewerkschaften hätten noch viel, viel mehr für die Arbeiter tun können, wenn unter den Mitgliedern, ganz abgesehen von den Jahrelänglichen, nicht vielfach große Furcht und

Lausheit eingerissen wäre. Bedauerlicherweise trägt der Krieg eben weil er gewissermaßen als eine Durchgangsstation zu neuen Verhältnissen angesehen wird, viel dazu bei, daß an Stelle einer tatkräftigen Mitarbeit in weiten Bevölkerungsschichten der Passivismus und die Passivität so weit um sich gegriffen haben. Zum Glück können wir in unserm Verweil auf eine positive Ertragsansicht, die Beseitigung der Nacharbeit, hinweisen, auf die sich das Interesse unserer Kollegen richtet und durch die sie zu einer lebhaften praktischen Gewerkschaftsarbeit angespornt werden. Allerdings könnte auch bei uns noch viel mehr errungen werden, wenn überall guter Wille und unbeugsame Tatkraft vorhanden wären; aber wir müssen uns schon freuen, daß wir so weit gekommen sind. Und da gilt es denn, immer und immer wieder gegen Gleichgültigkeit und Trägheit anzukämpfen und das Göttergötter der Tat zu predigen. Unsere Arbeiterbewegung ist während des Krieges in mancher Beziehung auf einen toten Punkt geraten, und es bedarf einer bedeutenden Anstrengung, um die Maschinen in Schwung zu erhalten. Dazu ist die tatkräftige Mitwirkung aller Kollegen und Kolleginnen notwendig. Es wäre ja wahrlich ein Verbrechen und eine Schande, wollten wir müßig beiseite stehen, während unsere Brüder da draußen im Felde alle Hände rühren und die größten Anstrengungen nicht scheuen, um die Feinde von unsern Grenzen fernzuhalten. Darum weg mit dem feigen Teufel in uns, der uns zusüßert, daß wir uns mit den gegebenen Verhältnissen abfinden müssen, her mit dem festen Willen, allen Schwierigkeiten zum Trotz auch während des Krieges an der Besserung unseres Daseins zu arbeiten.

Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1913.

Ueber die Tätigkeit der Gewerbe- und Bergbauaufsicht veröffentlicht die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands alljährlich aus den amtlichen Berichten der Aufsichtsorgane eine zusammenfassende statistische Uebersicht, die zur Beurteilung über die Durchführung des Arbeiterschutzes im Deutschen Reiches wertvolles Material liefert. Der Bericht für das Jahr 1913 ist soeben erschienen; er dürfte auch bei der gegenwärtigen außergewöhnlichen Zeit einige Beachtung verdienen.

Der Gewerbeaufsicht waren 1913 insgesamt 521 401 Betriebe, in denen rund 6 1/2 Millionen Personen beschäftigt waren, unterstellt. Die Zahl der in der Gewerbeaufsicht tätigen Beamten ist im Berichtsjahr von 566 auf 684 gestiegen. Unter diesen Beamten befanden sich auch 64 weibliche Assistentinnen und 18 Gehilfen aus dem Arbeiterschutze. Die Zahl der letzteren vermehrte sich um 11, eine Tatsache, die von der Arbeiterschaft nur freudig begrüßt werden kann. Im Durchschnitt entfielen auf jeden Beamten der Gewerbeaufsicht 569,5 Betriebe und 11 540,8 Arbeiter. Diese Zahlen beweisen, wie stark die Beamten belastet sind und wie weit die Gewerbeaufsicht noch davon entfernt ist, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes durchgreifend wirken zu können. Dieses Moment drückt sich denn auch deutlich in den Verhältniszahlen der revidierten Betriebe aus. Von je 100 der Aufsicht unterstellten Betrieben wurden im Jahre 1913 nur 56,6 einer Revision unterzogen, in denen 88,7 der gesamten Aufsicht unterstellten Arbeiterzahl beschäftigt war. Das Revisionsverhältnis gestaltet sich allerdings gegen das Sozial etwas günstiger, doch kann nur dann der Zustand als ein idealer angesehen werden, wenn ein jeder von den der Aufsicht unterstellten Betrieben mindestens einmal im Jahre revidiert wird, und bei Betrieben, die für Leben und Gesundheit der Arbeiter besonders gefährlich sind, die Revisionen sich des öfteren wiederholen.

Der Bergbauaufsicht waren 3193 Betriebe mit 877 170 beschäftigten Arbeitern unterstellt. Die Aufsicht wurde von 121 Beamten ausgeübt, so daß auf jeden Beamten 95,8 der zu beaufsichtigenden Betriebe mit 7249,8 Arbeitern kamen. Von je 100 Betrieben wurden 96 revidiert und von den Revisionen zufriedenstellend fast alle Arbeiter erfasst. Die größeren Gefahren des Bergwerbetriebes erfordern natürlich eine höhere Revisionsstätigkeit; hier muß die Forderung lauten,

Sachverständige aus den Organisationen der Arbeiter und Arbeitnehmer des Bäcker- und Konditorengewerbes zur Frage der dauernden Beseitigung der Nachtarbeit.

Am 15. September, morgens 10 Uhr, hatte das Reichsamt des Innern die Vertreter des Bäcker- und Konditorengewerbes und anderer an der Frage beteiligter Organisationen nach dem Saal I des Reichstagsgebäudes in Berlin zusammenberufen.

Dieser Konferenz von Sachverständigen lag ein vorläufiger Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vor, der den Teilnehmern an dieser Konferenz, circa 14 Tage vor deren Stattfinden, von der Reichsregierung zugestellt worden war. Dieser Gesetzesentwurf ist in letzter Nummer dieses Blattes zum Abdruck gebracht.

Mit diesem vorläufigen Entwurf der Regierung hatten sich am Tage vor der Konferenz die Vertreter des Germanianerverbandes deutscher Bäckereien befaßt, in gleicher Weise hatten aber auch die Vertreter der drei Gesellenverbände, welche gemeinsam die Petition an den Bundesrat und den Reichstag eingereicht haben, Vorverhandlungen über den Entwurf gepflogen, und die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen waren sich in diesen Fragen in allen Punkten über eine einheitliche Stellungnahme einig geworden. In gleicher Weise, wie die Uebereinstimmung der drei Organisationen in dem gemeinschaftlichen Einreichen der Petition zum Ausdruck kam, so herrschte auch über unsere Stellungnahme zum Regierungsentwurf unter den Vertretern der organisierten Arbeiter des Berufes die beste Uebereinstimmung.

Die Verhandlungen am 15. September fanden unter Vorsitz des Direktors im Reichsamt des Innern, Czjellyn, Kasper, mit den verschiedenen Gruppen der in Frage kommenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände statt. Der Minister für Handel und Gewerbe ist durch den Ministerialdirektor v. Meyeren, den ständigen Geheimen Regierungsrat Fiedl, den Regierungsrat und Gewerberat Simon vertreten; der Minister des Innern durch den Geheimen Regierungsrat v. Kries und den Regierungsassessor Dr. Fröhlich; das Königreich Sachsen durch den Geheimen Regierungsrat Schürpe, das Königreich Württemberg durch den Ministerialdirektor v. Schleisner, Hamburg durch den Senatspräsidenten Dr. Ludwig, Baden durch den Geheimen Regierungsrat Dr. Schneider.

Von den Arbeitgeberverbänden nehmen an der Konferenz unter anderem teil: der Germanio-Zentralverband deutscher Bäckereien in Berlin, Verband deutscher Konditorenen in Berlin, Verband deutscher Brotsfabrikanten in Leipzig, Verband der Metz-, Waffeln- und Lebkuchensfabrikanten in Berlin, Deutscher Gastwirtsverband in Berlin, Verband deutscher Brotsfabrikanten in Essen, Verband der Freien Vereinigungen deutscher Bäckermeister in Breslau, Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg, Vereinigung deutscher Gastwirtsvereine, Innungen und Verbände in Berlin, Verein selbständiger Konditoren in Berlin und Provinz Brandenburg, Sächsischer Bäckerverband Pflanzheim, Zweigverein Pfalz des Germanioverbandes, Verein der Brotsfabrikanten von Dresden und Umgebung.

Die Arbeiterschaft ist durch folgende Gruppen vertreten: Zentralverband der Bäcker, Konditoren in Hamburg, Zentralverband der Nahrung- und Genussmittelindustrie Deutscherlands in Düsseldorf, Gewerkschaft deutscher Bäcker, Konditoren und verwandter Berufe in Berlin, und der Bund der Bäcker- (Konditoren-)gesellen Deutschlands in Berlin.

Der Vorsitzende wünschte beim Eintritt in die Verhandlungen, daß sich die Sachverständigen in folgender Weise über die vorliegenden Fragen äußern möchten: 1. ob es möglich und erwünscht sei, die Nachtarbeit auch über Kriegsdauer in dem in Frage kommenden Gewerbe zu verbieten; 2. auf welche Nachtzeit sich das Verbot erstrecken sollte; 3. ob und in welcher Weise es möglich sei, hierbei auch die Frage der Sonntagsarbeit in Bäckereien und Konditoreien endgültig zu regeln.

Ullmann-Gamburg (Germanioverband) führte an: Der rund 70 000 Mitglieder umfassende Germanioverband Deutscher Bäckereien hat sich gestern eingehend mit der ganzen Frage beschäftigt und in dessen Auftrage mache ich meine Ausführungen. Unserer Meinung nach ist dies der unglücklichste Zeitpunkt, ein solches Gesetz erlassen zu wollen, denn in diesen anomalen Zeiten des Krieges hat man absolut während des halben Jahres des Verbots der Nachtarbeit keine Erfahrungen sammeln können, ob dieses Verbot auch in Friedenszeiten von guter oder schlechter Wirkung für den Beruf sein würde. Besonders haben die süddeutschen Zweigverbände des Germanioverbandes schwere Bedenken dagegen, daß man jetzt während der Kriegsdauer die Frage endgültig regeln will; man ist dort der Meinung, daß es auch persönlich weise, das dem Klein- und Mittelstand der Meister in unserem Gewerbe die Konkurrenzfähigkeit gegen die Großbetriebe fast unmöglich gemacht wird, wenn die Nachtarbeit dauernd verboten wird. Allerdings bin ich persönlich der Meinung, daß man die Entwicklung des Gewerbes zu Großbetrieben nicht wird hindern können, eierweise die Nachtarbeit nach dem Kriege wieder eingeführt wird, der nicht; es sind eben andere Momente, welche die Ueberlegenheit der Großbetriebe bedingen. Jedoch würden wir uns ein Verbot der Nachtarbeit deshalb die Kleinbetriebe bedingen, weil diese durchweg nur noch durch die Erzeugung kleiner Frühstückgebäcks existenzfähig erhalten werden können. Dieser Ueberzeugung nach würde aber bei dauerndem Verbot der Nachtarbeit die Erzeugung des kleinen Weißgebäcks nur bedeutend eingeschränkt werden; wir konnten in den Hamburger Bäckereien während des Verbots der Nachtarbeit während des Krieges feststellen, daß der Umsatz an Weißgebäck um 45 bis 48 pSt. zurückgegangen ist. Dazu hat beigetragen, daß sich die besseren Schichten der Bevölkerung an die Konsumierung nicht gewöhnen konnten; das wird aber nach dem Kriege bei dauerndem Verbot der Nachtarbeit noch mehr die Erscheinung treten und man wird in diesen Kreisen eher zum Schaden des Bäckergewerbes viel mehr als bisher Kaufe im Ausland finden.

Die ganze Situation und die Stimmung der Mehrzahl der Kleinmeister, die sich für dauernde Beseitigung der Nacht-

arbeit ausdrückt, zeigte uns aber, daß doch wohl ein Verbot der Nachtarbeit kommen wird, und deshalb haben wir uns in einem Kompromißantrag, der mit neun gegen vier Stimmen beschlossen wurde, auf den Standpunkt der Regierung gestellt und ersuchen die Nachtarbeit vor morgens 5 Uhr zu verbieten und den Landeszentralbehörden die Vollmacht zu erteilen, diese Anfangszeit eventuell noch eine Stunde früher, also um 4 Uhr festzusetzen. Wir befehlen allerdings, daß man bestrebt sein wird, dann überall eine gewisse Schnellbäckerei einzuführen, um recht früh mit kleinem Weißgebäck die Kundenschaft befriedigen zu können, und diese Schnellbäckerei wird zum Schaden der Qualität der Ware anschlagen; aber unentschiedener müssen wir dringend darum ersuchen, daß bei einem dauernden Verbot der Nachtarbeit die Anfangszeit des Morgens ziemlich früh festgesetzt wird.

Ullmann-Gamburg (Zentralverband der Bäcker und Konditoren): Wir von den drei Organisationen der Gesellen sind uns im Gegensatz zu der Stellungnahme des Germanioverbandes und den Ausführungen des Herrn Hinckmann darin einig, daß jetzt die glücklichste Zeit zu einem dauernden Verbot der Nachtarbeit ist, und zwar deshalb, weil jetzt eine achtmonatige Praxis mit dem Verbote der Nachtarbeit unter den denkbar schwierigsten Umständen gelehrt hat, daß es ganz gut ohne Nachtarbeit geht, und nicht nur Gesellen und Lehrlinge außerordentlich mit den Wirkungen des Verbotes der Nachtarbeit zufrieden sind, sondern in gleicher Weise die übergroße Mehrzahl der Kleinmeister, und auch die Inhaber der Großbetriebe haben sich sehr gut in die Neuordnung der Verhältnisse hineingefunden, wie zahlreiche Auslassungen von Brotsfabrikanten und noch sehr vielen Geschäftsführern von Konsumvereinen mit eigener Bäckerei gelehrt haben. Obgleich man in jenen Kreisen die allerhöchsten Bedenken bei Einführung des Nachtbrotverbots wegen dessen Wirkung für den Beruf sehr günstig fand, daß auch der Umsatz an Brot und besonders an kleinem Weißgebäck nicht durch das Verbot der Nachtarbeit gelitten hat. Das Herr Hinckmann über den Rückgang des Umsatzes an kleinem Weißgebäck ausführt, trifft wohl zu; aber der Herr hätte dabei erwähnen sollen, daß dieser Rückgang des Umsatzes nicht durch das Verbot der Nachtarbeit herbeigeführt wurde, sondern daß er erst erzielt wurde, nachdem verschiedene Stadtverwaltungen scharfe Verordnungen darüber herausgegeben haben, daß auch Brötchen und Semmeln nur in alibadenem Zustande verkauft werden dürfen; nachdem weiter durch die Zusammenziehung des Kriegsmehles das kleine Weißgebäck sein früher appetitliches Aussehen bedeutend verloren hat, und nachdem die Einführung der Brotkarten die Bevölkerung dazu zwang, sich die größte Beschränkung im Genusse des kleinen Weißgebäcks aufzuerlegen, weil man sonst nicht genug Brot für den Haushalt hatte. So wurde in vielen Versammlungen der Berufsangehörigen, die ich im Februar und März d. J. abhielt, von den erschienenen Meistern zugegeben, daß die Beseitigung der Nachtarbeit nicht einen Rückgang im Umsatz des Frühstückgebäcks gebracht hätte, sondern daß zunächst dadurch, weil nun die Bäckereien am Tage zwei- oder auch dreimal frisches Weißgebäck lieferten, der Umsatz an kleinem Weißgebäck und an Kuchenware nach gesteigert wurde trotz vermindelter Bevölkerung durch die gewaltig großen Einziehungen zum Kriege. Wir Gesellen halten auch mit der Mehrzahl der Bäckermeister gerade deshalb die jetzige Zeit für günstig, um durch ein dauerndes Nachtbrotverbot die ganze Frage endgültig zu regeln, weil wir wissen, daß man in allen Kreisen der Berufsangehörigen dringend Gewißheit verlangt, wie man sich für die Zukunft einzurichten hat. Auch für die Inhaber der Großbetriebe ist es schon jetzt dringend notwendig, zu erfahren, wie diese Frage endgültig geregelt wird, weil sie ihre Betriebsmittel vergrößern müssen, also neue Maschinen hinzubauen müssen, was doch einige Wochen bis Monate Zeit beansprucht. Man denke sich auch nur in die Verwirrung, die kommen müßte, wenn nach Kriegsendung die jetzt bestehende Kriegsverordnung des Bundesrats fallen und damit die Nachtarbeit wieder eingeführt würde, dann würden in allen Städten gewaltige wirtschaftliche Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entbrennen, was alles nur zum größten Schaden des Gewerbes ausschlagen könnte.

Auch die Arbeitgeber hätten in ihren Korporationen schon genügend Zeit gehabt, sich etwas eingehender mit der Frage zu beschäftigen, um auch in ihrem Lager Uebereinstimmung des Urteils in der Weise zu erzielen, wie es bei den organisierten Arbeitern des Berufes schon sehr lange erzielt ist.

Die Entwicklung des Gewerbes zu Großbetrieben wird unbeschadet der Frage, ob die Nachtarbeit wieder kommt oder nicht, weiter ruhig und sicher ihren Gang gehen, dafür bürgt die Ueberlegenheit der Großbetriebe im Einkauf des Rohmaterials und in der Ausnützung der technischen Hilfsmittel und damit auch in der größeren Ausnutzung der Arbeitskräfte. Der Kleinbetrieb kann gar nicht, wie das Herr Hinckmanns Behauptungen beweisen wollten, durch dauernde Beseitigung der Nachtarbeit geschädigt werden, denn es wird die Erzeugung des kleinen Weißgebäcks (des hauptsächlichsten Fabrikationsproduktes der Kleinbetriebe) nach dem Kriege ohne Nachtarbeit bedeutend erhöht werden. Weiter soll man doch bedenken, daß demgegenüber die Großbetriebe durch Neuanschaffung von Oefen und Maschinen belastet werden, weil sie in Zukunft nur täglich 16 gegenüber früher 24 Stunden Betriebszeit haben sollen; dagegen bleibt sich in den Kleinbetrieben die Betriebszeit gleich.

Wenn Herr Hinckmann behauptet, daß die Hausbäckerei der Bevölkerung bei dauerndem Verbot der Nachtarbeit wieder mehr aufkomme, so liegt zu dieser Behauptung gar keine Ursache vor, weil eben in der Mehrzahl der Familienhaushalte die Voraussetzungen dazu fehlen.

Auf keinen Fall können wir aber dafür sein, daß der Beginn der Anfangszeit des Morgens um 5 Uhr festgesetzt würde, wie es der Entwurf der Regierung will. Man bedenke doch, daß es bei einem Anfang um 5 Uhr, auch um 4 Uhr nicht möglich sein wird, der Masse der arbeitenden Ver-

völkerung, die des Morgens um 5 Uhr durchweg ihren Frühstückstee trinkt — in den Großstädten mit den meisten Entfernungen von der Wohnung zur Arbeitsstelle noch etwas früher — zum Frühstück frisches Brötchen zu liefern. Wenn das aber nicht erreicht werden kann, dann ist auch ein so früher Arbeitsbeginn vollständig verfehlt, denn er würde nur wieder zu der so verwerflichen Heißhagel bei der Arbeit führen, recht früh frisches Gebäck fertig haben zu wollen; es würde dann auch das Ausstragen des Frühgebäcks und damit das vielerorts so übliche — aber durchaus verwerfliche — Pumpstehlen wieder eingeführt werden, beides zum Schaden des ganzen Gewerbes. Wir verlangen in unserer Petition: Anfangszeit morgens um 6 Uhr bei einer Höchstbetriebszeit von täglich 10 Stunden für Gesellen und 9 Stunden für Lehrlinge ausschließlich der Pausen und bei einer Betriebszeit bis abends 10 Uhr, und wir möchten dringend ersuchen, daß sich das Gesetz unserer Forderung anpaßt. Dies geht in den Großstädten das erste kleine Weißgebäck für den andern Morgen des abends um 12 Uhr, oft sogar schon bedeutend früher, fertig; in Zukunft braucht es des Abends um 9 oder 10 Uhr fertig zu sein und kommt also nur in ein oder zwei Stunden älterem Zustand in die Hände der Bevölkerung. — Auf besondere Frage des Vorsitzenden erklärt Ullmann noch, daß die Gesellenverbände den Absatz 2 des § 1 des Regierungsentwurfs mit der Aenderung akzeptieren, daß der Arbeitsbeginn morgens um 6 Uhr sein soll und daß es nicht heißen soll „ausschließlich der Pausen“, sondern „acht Stunden einschließlich der Pausen“, weil nur letzteres bei sechsstündiger Betriebszeit gut durchzuführen sei und auch bei heutigen tatsächlichen Verhältnissen in sehr vielen Großbetrieben entspreche.

Wagner-Förzheim (Germanioverband) tritt in scharfer Weise gegen ein gesetzliches Verbot der Nachtarbeit nach dem Kriege ein und begründet die Ansicht der süddeutschen Meister mit den alten, durch die Praxis während des Krieges tausendfach widerlegten Gründen, die man früher immer von Seiten der Meister gegen die Beseitigung der Nachtarbeit hörte. Zum Schluß erklärt er: Wenn die Beseitigung der Nachtarbeit durch Gesetz aber unvermeidlich ist, finden wir uns auch damit ab; doch ersuchen wir dann um möglichst frühzeitigen Arbeitsbeginn. Der Arbeitsbeginn müßte dann noch früher festgesetzt werden, als es der Germanioverband fordert, also noch vor 5 Uhr und in Kleinstädten und auf dem Lande noch vor 4 Uhr.

Stäber-Düffeldorf (Christlicher Verband der Nahrungsmittelarbeiter): Man sollte uns doch solches Angebot, wie Herr Wagner es getan betreffs des Arbeitsbeginnes, gar nicht machen, denn das klingt doch wie eine Verböhnung der Arbeiter im Bäcker- und Konditorgewerbe. Schließlich kommt man nach her und verlangt, daß des Nachts um 12 Uhr begonnen werden soll und glaubt auch dann noch, von einem Verbot der Nachtarbeit reden zu können. — Im übrigen schließt sich der Redner den Ausführungen Ullmanns an.

Ziegen-Orszlan (Verband freier Vereinigungen der Bäckermeister) tritt vom Standpunkt des nach in der Bäckerei mitarbeitenden Kleinmeisters in Rücksicht auf dessen Wohlfinden und in Rücksicht auf seine mitarbeitende Familie für die dauernde Beseitigung der Nachtarbeit ein. Er weiß nach, daß das ganze Bäckerei-Kleingewerbe erst gefunden könne, wenn die Nachtarbeit dauernd verboten sei, und man möge recht bald ein entsprechendes Gesetz erlassen. Er führt aus, wie das Kleingewerbe durch Beseitigung des Bräutchenanstrengens nur bedeutend gewinnen könnte; deshalb tritt er auch dafür ein, daß der Beginn der Arbeitszeit des Morgens erst um 7 Uhr gestattet wird, dann würden die Wünsche der Kleinmeister in bester Weise erfüllt sein. Gegen die Forderung der Gesellen und den Postum im Entwurf der Regierung, eine sechsstündige Betriebszeit in den Großbetrieben zuzulassen, wendet er sich und erklärt, daß sich die Großbetriebe auch sehr gut mit zwölfstündiger Betriebszeit helfen könnten. Er unterstützt das Verlangen der Gesellenorganisationen, daß auf keinen Fall den Behörden durch das Gesetz (§ 2 des Entwurfs) gestattet werden soll, für einzelne Landsteile oder einzelne Betriebe eine frühere Zeit des Arbeitsbeginnes zuzulassen, denn das würde zu den größten Wirnissen im Berufe führen.

Dr. Müller-Gamburg (Zentralverband deutscher Konsumvereine): Ueber den sozialpolitischen Wert eines dauernden Verbots der Nachtarbeit für eine so große Gruppe von Arbeitern braucht man nicht zu streiten, denn darüber dürfte ohne weiteres Klarheit bestehen. Zwar hätten alle Großbetriebe, die drei Schichten zu je acht Stunden arbeiten lassen, ein Recht zu verlangen, daß ihnen das auch ferner gestattet würde, weil eben die täglich achtstündige Nachtarbeit, wenn sie von der betreffenden Person nur alle drei Wochen eine Woche lang ausgeübt werde, nicht von so schädlichen Einwirkungen auf das Wohlfinden des betreffenden Arbeiters sei, als wenn er regelmäßig des Nachts arbeiten müßte. Aber wir Vertreter der Gewerkschaften, die nicht nur Großbäckereien in den Vereinen, sondern auch kleine Bäckereien haben, wollen uns mit dem Verbot der Nachtarbeit auch für diese Großbetriebe abfinden, wenn der Absatz 2 des § 1 des Regierungsentwurfs Gesetz wird, und darüber den Großbetriebe gestattet wird, vor dem eigentlichen Beginn der Arbeitszeit nach einzelne Arbeiter zur Verrichtung der Vorarbeiten ein bis zwei Stunden früher beschäftigen zu können. (Redner sucht aus sachtechnischen Gründen nachzuweisen, daß dieses unbedingt notwendig sei, wenn beim eigentlichen Beginn der Arbeitszeit der Großbetrieb auch gleich voll aufgenommen werden sollte.) Durch das Verbot der Nachtarbeit wird unzweifelhaft eine Verteuerung des Brotes Platz greifen; denn wenn bei vierundzwanzigstündiger Betriebszeit der Großbetriebe 300 Millionen Anlagekapital notwendig waren, so sind bei sechsstündiger Betriebszeit 400 Millionen Anlagekapital notwendig. Dieser Verteuerung und Amortisation bedingt eine Verteuerung des Brotes.

Jobel-Berlin (Gewerkschaft der Bäcker und Konditoren) weist nach, daß für die Berliner Verhältnisse in Bäckereien sowohl wie in Konditoreien die Anfangszeit am besten auf morgens 7 Uhr gelegt werde, daß aber auch keine Organisation in Rücksicht auf die Verhältnisse im übrigen Deutschland der Anfangszeit morgens um 6 Uhr zustimme, wie es von den Organisationen der Gesellen einstimmig gefordert sei.

Söllner-München (Germanioverband): Bei uns in Bayern müssen im Bäckergewerbe die Verhältnisse anders

Sterbetafel

Breslau. Friedrich Ernst Bähr, gestorben am 14. September.
München. Sebastian Winmassinger 33 Jahre alt, gestorben am 11. September.

Kriegsverluste des Verbandes.

Berlin. Josef Wagner, Bäcker, 31 Jahre alt, gefallen am 1. August in Russland.
Karl Dietrich Bicker, 29 Jahre alt, gefallen am 29. August in Russland.
Frank Stehr, Bäcker, 27 Jahre alt, gefallen am 1. September in Frankreich.
Berlin. Carl Staat (Dortmund), 27 Jahre alt, gestorben in Russland.
Frank Höppling (Dortmund), 42 Jahre alt, gestorben in Russland.
Simon Hillmyer (Eberfeld), gefallen.
Berlin. Hansburg-Aitern. Walter Brochowsky, 35 Jahre alt, gefallen am 9. August.
Adolf Bassich, 30 Jahre alt, gefallen am 23. August.
Georg Wolla, 27 Jahre alt, gefallen Anfang September.
Adolf Drews, gefallen am 6. Juni.
Berlin. Hannover. Wilhelm Köhne, 36 Jahre alt, gefallen am 24. August im Osten.
Berlin. Stuttgart. Hermann Lindner, 34 Jahre alt, gefallen in Russisch-Polen.

Eine treue Andenken!

Spendenkarte

Bücher

Sehr geehrte Damen und Herren!
Die Deutsche Arbeiter- und Konditoren-Zeitung ist eine der wichtigsten Zeitungen für die Arbeiterbewegung. Wir bitten Sie, uns Ihre Unterstützung zu zeigen, indem Sie eine Spende für die Zeitung machen. Ihre Spende wird für den Kauf von Papier und Druckkosten verwendet. Wir danken Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung.

Sehr geehrte Damen und Herren!
Wir bitten Sie, Ihre Unterstützung für die Deutsche Arbeiter- und Konditoren-Zeitung zu zeigen. Ihre Spende wird für den Kauf von Papier und Druckkosten verwendet. Wir danken Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung.

Die Besetzung der Stellen durch Verfügung der Nacharbeit und zwar auch die Sonntagarbeit befristete, doch die Frage, was bisher als unmöglich galt, doch ging. In der Besetzung der Stellen durch Verfügung der Nacharbeit und zwar auch die Sonntagarbeit befristete, doch die Frage, was bisher als unmöglich galt, doch ging.

Friedenshoffnung - Friedenswunsch

Nach laßt die Schlacht -
Nach will dem fluchbedeckten Hüften
Des Krieges niemand Halt gebieten,
Nach muß aufhorst die Zukunft Nacht.
Nach wie ein Morgenland den Tag
Nach all den trübseligen Tagen,
Nach all den Wunden, die der Krieg gefügt,
Ein hoffen uns, ein über Trüß.
Des Krieges fackel blüht,
Und einmal muß dies Branden erden,
Und frohe Hände wird dann rufen
Den Jubelruf: Es ist erreicht!
Das ist der Tag,
Da all die blutigen Schwestern
Und alle Kämpfer nun verfallen
Wird eines, eines herrlichen Licht.
Da, lieber Tag, wir hatten denn,
Wo können wir die Welt gestalten
Und alle Kräfte nun aufheben
O, möge es erst nahe sein!

Die Besetzung der Stellen durch Verfügung der Nacharbeit und zwar auch die Sonntagarbeit befristete, doch die Frage, was bisher als unmöglich galt, doch ging.

Die Besetzung der Stellen durch Verfügung der Nacharbeit und zwar auch die Sonntagarbeit befristete, doch die Frage, was bisher als unmöglich galt, doch ging. In der Besetzung der Stellen durch Verfügung der Nacharbeit und zwar auch die Sonntagarbeit befristete, doch die Frage, was bisher als unmöglich galt, doch ging.

Die Besetzung der Stellen durch Verfügung der Nacharbeit und zwar auch die Sonntagarbeit befristete, doch die Frage, was bisher als unmöglich galt, doch ging. In der Besetzung der Stellen durch Verfügung der Nacharbeit und zwar auch die Sonntagarbeit befristete, doch die Frage, was bisher als unmöglich galt, doch ging.

Die Besetzung der Stellen durch Verfügung der Nacharbeit und zwar auch die Sonntagarbeit befristete, doch die Frage, was bisher als unmöglich galt, doch ging. In der Besetzung der Stellen durch Verfügung der Nacharbeit und zwar auch die Sonntagarbeit befristete, doch die Frage, was bisher als unmöglich galt, doch ging.

Stettin. Am 12. September fand hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt. Geschloß referierte über die Nachtarbeit und schloß die Vorteile der Tagesarbeit. Nach die Sonntagarbeit wurde von ihm scharf kritisiert. Zum Schluß meinte er die Kollegen zusammenhalten und die Organisation zu stärken. Die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen. Zwei Aufnahmen waren zu verzeichnen.

Stuttgart. Der Bürgerklub in der Wirtschaft des Herrn Zug, Hauptstätterstraße 108. Eine etwas sonderbare Mischung des sogenannten Bürgerklub glaubte sich Frau Zug, Wirtschaft, zum Hauptstättlerhof (der Name ist im Felde in Verbindung mit drei „ausgestrichen“ Bäckereibetrieben) lassen zu müssen.

Am 12. August bestellte ein Vertreter des hiesigen Bäckerverbandes bei der Frau Zug, Witwe des Hauptstättlerhofes, das Lokal auf Sonntag. Am Montag, nachmittags 3 Uhr, zur Abhaltung einer öffentlichen Bäckereihilfen-Versammlung mit folgender Tagesordnung: Die Eingabe an die Reichsregierung auf dauernde Befreiung der Nachtarbeit im Bäckergewerbe.

In diese Sache eben in ganz Deutschland, ja bis zu den höchsten Regierungsstellen hinauf behandelt, wurden, glaubten wir, unter dem Städtischen Bäckereihilfen eine Mission darüber herbeiführen zu können, wie sich eine dauernde Befreiung der Nachtarbeit im Bäckergewerbe auch nach dem Kriege am besten durchführen ließe. Da von dem behördlichen Instanzen gegen die Abhaltung der Versammlung nichts eingebracht und das Lokal von der Frau Zug für den Sonntag nachmittags zur Verfügung gestellt wurde, glaubten wir an nichts Böses. Doch wir wurden eines andern befehlt. Zufälligerweise benutzte der von dem Kriege hier am Orte bestehende meiste Bäckereihilfenverein früher des Restaurant Zug ebenfalls als Versammlungsort. Von unserer Versammlung erfuhr ein paar Nachbarn des aufgelösten Vereins. Diese gestellte sich als Helfer in der Not, noch ein jetzt eingeregelter Bäckereihilfenverein. Sie verlangten von der Witwe, sie solle uns die Abhaltung der Versammlung verweigern, und gebrauchten dabei die lächerliche Drohung, daß andernfalls der gewesene Verein nach dem Kriege sein Lokal anderswärts hin verlegen würde. Leider gab die Frau Zug, was anders noch, die Witwe, die die Abhaltung der Versammlung auf unmerklich gemacht, daß sie uns das Lokal doch bereits überlassen hätte, ließ sich die Witwe trotzdem dazu verleiten, dem noch dem Mann stärkere Bäckereihilfenverein Handlangerdienste zu leisten. Die Eröffnung der Versammlung mußte so dadurch unmöglich, daß sie den in ihrem Lokale stehenden Musikantenorchester ununterbrochen spielen ließ. Wie sich Frau Zug zu einer solchen Handlungswende der Arbeiterchaft gegenüber entschließen konnte, bleibt uns unverständlich, zumal man es in der Wirtschaft des Herrn Zug recht gut versteht, sich bei jeder Gelegenheit das Müßiggang der Arbeiterfreundlichkeit anzubringen, aufsehend um, wie obiger Fall zeigt, seine wahre Gestalt zu verdecken zu können und trotzdem seinen Profit dabei zu machen.

Der Herr Zug über ein solches Verhalten, nach dem in der Zeit des sogenannten Bürgerklub, glauben wir, da die Witwe der Wirtschaft des Herrn Zug zum größten Teile dem Arbeiterstande angehört, der Arbeiterchaft selbst überlassen zu sollen. Wenn Frau Zug meint, die Arbeiter in der heutigen Zeit mit Instanzen stellen zu können, so werden die Arbeiter sie bald eines andern befehlen.

Fabrikanten

Wiedenburg. Hier tagten am 9. 10. und 11. September Vertreter der Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie der Firmen J. G. Schmalz und Gebr. Spör. Warum, der bei den Bäckern über die Abschaffung der Nachtarbeit gesprochen hatte, referierte hier über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der Schokoladen-, Zuckerwaren- und Süßwarenindustrie, die der Arbeiterchaft schwere Nachteile, den Unternehmern schwere Gewinne brächten. Die Ausführungen des Referenten wurden in allen Versammlungen mit Beifall aufgenommen; eine Diskussion fand nicht statt. Die Referent über die in den Maybäcker Schokoladenfabriken gewährte Leberungszeitgen (früheren, daß die Arbeiterschaft so wenig Interesse an dem Tag gelegt habe, denn der Besuch der Versammlungen hätte er weit besser sein können. Er müsse Aufgabe der Versammlung sein, dahin zu wirken, daß auch der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin organisiert sei, dann könne das durchgeführt werden, was der Referent in seinen Ausführungen am Schluß darzulegen habe.

Internationales

Die internationalen Gewerkschaften Oesterreichs im Jahre 1914

Es ist selbstverständlich, daß sich während des Krieges die Gewerkschaften nicht weiterentwickeln können. In dieser Zeit gilt es nur, große Verluste und argste Schwächung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterchaft zu vermeiden, damit wir beim Eintritt normaler Verhältnisse unsere Bestrebungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen ungesäumt wieder aufnehmen können. In Oesterreich haben die zentralisierten Gewerkschaften, die jedem nationalen Separatismus abgeneigt sind und sich deshalb als international bezeichnen, die ersten fünf Kriegsmomente verhältnismäßig gut überstanden. Der Mitgliederabgang war natürlich groß. Am Jahresanfang zählten alle Organisationen zusammen 415 195 Mitglieder, am Jahreschluß aber nur mehr 240 681, nicht viel mehr als vor 8 Jahren (1906). Die Zahl der männlichen Mitglieder sank 1914 von 372 216 auf 210 421, jene der weiblichen Mitglieder von 42 979 auf 30 260 zurück. Der Gesamtverlust macht 42 pZt. oder über zwei Fünftel aus. Davon sind nach Schätzung der Gewerkschaftskommission etwa 120 000 von Militär entzogen worden. Es haben hierbei jedoch nicht alle Verbände berichtet, und auch in den berichteten Verbänden haben sich nicht alle eingezogenen Mitglieder meldend gemeldet.

Mitgliederverluste von mehr als 20 pZt. hatten 42 von den 53 Verbänden, die im letzten Jahre der Gewerkschaftskommission angeschlossen sind; hiervon befinden

sich 12 Verbände mit Abgängen von 50 bis 90 pZt. Zugewonnen hat die Mitgliederzahl nur bei den drei Verbänden der landwirtschaftlichen Arbeiter, der Sattler und der Kassenkassengestellten.

Die große Mehrheit der Mitglieder der internationalen Gewerkschaften Oesterreichs befindet sich in den Kronländern (Provinzen) im Nordwesten des Reiches, die Deutschland zunächst gelegen und wirtschaftlich am meisten fortgeschritten sind. Sehr wenig entwickelt sind die Gewerkschaften dagegen in den östlichen und südlichen Provinzen. Namentlich in Galizien und der Bukowina sind die Arbeiterorganisationen durch den Krieg fast völlig vernichtet worden.

Wie sich Ende 1915 die Verteilung der Mitgliederzahl nach Provinzen gestaltet, zeigt die folgende Tabelle:

Table with 3 columns: Province, Zahl, pZt. Rows include Wien, Niederösterreich, Böhmen, Bukowina, Dalmatien, Galizien, Istrien, Kärnten, Krain, Mähren, Oberösterreich, Salzburg, Schlesien, Steiermark, Tirol-Vorarlberg, Ausland, and Zusammen.

Seit Ende des Vorjahres ist die Mitgliederzahl in allen Teilen des Reiches weiter zurückgegangen; aber es entzieht sich ganz der Beurteilung, in welchem Maße dies der Fall war. Doch ist der Zustand der Organisationen immer noch ein solcher, daß die Wiederkehr des Friedens zu neuer und vielleicht rascher Stärkung führen kann. Hoffen wir, daß dieser Zeitpunkt bald kommt.

Die Einnahmen der zur Gewerkschaftskommission gehörigen Organisationen waren 1914 erheblich niedriger, die Ausgaben höher als 1913. Die Einnahmen betragen 1914 Kr. 8 274 000 gegen Kr. 10 087 000 im Jahre 1913; die Ausgaben bezifferten sich 1914 auf Kr. 9 922 490 gegen Kr. 10 658 000 1913. Diese Summen stellen nur reine Vereinnahmen und -ausgaben dar; die für die nach den Vereinsstatuten normierten Zwecke verwendet werden können. Die Gelder des Widerstandsfonds respektive Streikfonds werden durch sogenannte freie Organisationen verwaltet, welche den Bestimmungen des Vereinsgesetzes nicht unterstehen. Ueber die Gehaltung dieser freien Organisationen enthält der Bericht der Gewerkschaftskommission keine Angaben.

Von den Einnahmen der Vereinskassen entfielen auf Beitrittsgebühren Kr. 61 000, auf ordentliche Mitgliederbeiträge Kr. 6 594 000, auf sonstige Einnahmequellen Kr. 1 619 000. Die auf ein Mitglied fallenden Einnahmen schwankten zwischen weniger als Kr. 15 bei 10 Verbänden und Kr. 202 bei dem Verband der Drechsler. Bei den Buchdruckern kamen auf das Mitglied durchschnittliche Jahreseinnahmen von Kr. 123, bei den Holzarbeitern Kr. 85, bei den Lithographen Kr. 78 usw.

Die Summe der Ausgaben für Unterstützungs-zwecke war Kr. 5 014 000, wovon auf Reisegeld Kr. 1 387 000, auf Arbeitslosenunterstützung am Orte Kr. 3 024 000, auf Krankengeld Kr. 692 000, auf Invalidenunterstützung Kr. 387 000, auf Sterbegeld Kr. 254 000 und auf Unterstützung in Notfällen Kr. 336 198 entfielen. Das Erfordernis der Arbeitslosenunterstützung war 1914 ungemein hoch, weil der Ausbruch des Krieges ebenso wie in Deutschland, eine umfangreiche Arbeitslosigkeit im Gefolge hatte. Die auf jedes Mitglied im Jahre entfallenden Unterstützungskosten stellten sich von 1911 bis 1914 (in Kronen) wie folgt:

Table with 4 columns: Support type, 1911, 1912, 1913, 1914. Rows include Reiseunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung, Invalidenunterstützung, Beihilfe in Sterbefällen, and Au Nothfallunterstützung.

Von den Verbänden organen, deren bei Kriegsausbruch 50 in deutscher Sprache, 31 in tschechischer, 15 in polnischer, 7 in italienischer, 5 in slowenischer und 1 in jiddischer Sprache erschienen, wurden bei Kriegsausbruch eine Anzahl eingestellt, andere verlängerten die Erscheinungstermine oder verringerten den Umfang. Manche Blätter erschienen jedoch wie vor dem. Von den polnischen Blättern sind fast alle eingezogenen.

Der Verband der Bäcker und Konditoren nahm von 9888 auf 6172 Mitglieder ab, also um 3666 (37,3 pZt.). Von den verbleibenden Mitgliedern befanden sich 2340 in Wien, 425 in übrigen Niederösterreich, 206 in Böhmen, 307 in Oberösterreich, 167 in Steiermark usw. Den Einnahmen von Kr. 204 388 standen bei den Bäckern und Konditoren Ausgaben von Kr. 221 216 gegenüber. Der Vermögensbestand sank auf Kr. 279 672. An Unterstützungsleistungen wurden ausgezahlt: Reiseunterstützung Kr. 4451, Arbeitslosenunterstützung Kr. 49 761, Notfallunterstützung Kr. 945 und Sterbegeld Kr. 2168. F.

Beitrittsbedingungen in den amerikanischen Gewerkschaften

Nach dem Kriege wird wahrscheinlich eine starke Steigerung der europäischen Auswanderung nach Amerika und besonders nach den Vereinigten Staaten stattfinden. Die auswandernden Arbeiter und Handwerker sind gewöhnlich Gefühlen empfangen, da man in ihnen, namentlich in

Gewerkschaftskreisen, vor allem unliebsame Konkurrenten erblickt. Eines der Mittel, das die amerikanischen Gewerkschaften anwenden, um solche Konkurrenten fern zu halten, ist die Beschwerung des Beitritts zu dem Gewerkschaften. Doch ist zu bemerken, daß der Beitritt zur Gewerkschaft nicht nur Einwanderern erschwert wird, sondern daß er in Amerika überhaupt vielmehr an Bedingungen geknüpft ist als im kontinentalen Europa. In etwa 75 bis 80 amerikanischen Verbänden haben die Bewerber um die Mitgliedschaft den Beweis zu erbringen, daß sie eine ordnungsmäßige Berufsausbildung durchgemacht. Bei etwa 50 Verbänden ist dies nicht erforderlich, und zwar vorwiegend bei Verbänden in solchen Berufen, wo es eine „Lehre“ überhaupt nicht gibt; dazu kommen noch Verbände, die früher die Zurücklegung einer Lehrzeit als Aufnahmebedingung vorgeschrieben hatten, die aber diese Vorschrift fallen ließen. Manchmal kommt es vor, daß eine Gewerkschaft für bestimmte Berufszweige oder für bestimmte Bezirke noch auf der Ableistung der Lehre besteht, obgleich in andern Bezirken oder Berufszweigen bereits davon abgesehen wird. Sehr häufig schreiben die Statuten der amerikanischen Gewerkschaften vor, daß Mitgliedschaftskandidaten einen beruflichen Befähigungsnachweis zu erbringen haben, und zwar teils an Stelle der sonst üblichen Bestimmungen über die Lehrzeit und teils als Ergänzung dieser Bestimmungen. Die Befähigung ist gewöhnlich durch Ausführung praktischer Arbeiten zu demonstrieren.

Die Einführung zentralisierter Unterstützungen war in einigen Verbänden Anlaß zur Aufstellung der Bedingung, daß nur körperlich gesunde Personen als Mitglieder aufgenommen werden dürfen; es wurde die ärztliche Untersuchung der Mitgliedschaftskandidaten vorgeschrieben und eine Altersgrenze festgesetzt.

Sehr oft werden so hohe Aufnahmegebühren verlangt, daß den unorganisierten Kollegen oder reisenden Ausländern der Beitritt ungemein erschwert wird. Unvernünftig hohe Aufnahmegebühren werden meist von Ortsvereinen solcher Verbände erhoben, welche den Ortsvereinen in dieser Hinsicht vollständig freie Hand lassen. Doch führt diese Freiheit der Ortsvereine keineswegs immer zu Mißbrauch. Manche Verbände haben in ihrem Zentralstatut keine Beschränkung der Höhe der Aufnahmegebühr vorgesehen und doch erheben ihre Ortsvereine — für amerikanische Verhältnisse — geringe Beiträge. Andererseits ist es, namentlich in den Bauergewerben, gar keine Seltenheit, daß die Aufnahmegebühren selbst für Einheimische bis zu 100 Dollar betragen.

Was den Beitritt von Einwanderern zu den Gewerkschaften betrifft, so ist die in den einzelnen Verbänden geltende Praxis sehr verschieden. Gegenwärtig werden Einwanderer in mindestens 60 Verbänden zu denselben Bedingungen wie Einheimische aufgenommen. In einigen Fällen sind die Einwanderer in besonderen zu den Zentralverbänden gehörigen Ortsvereinen organisiert. In manchen Gewerben setzen oft die Ortsvereine die Beitrittsgebühren herab, um die Einwanderer zu veranlassen, Mitglieder zu werden.

Andererseits unterwirft eine bedeutende Anzahl von Verbänden die eingewanderten Bewerber um die Mitgliedschaft verschärften Bedingungen. Vier besondere Arten von Beitrittsbedingungen werden aufgestellt: a) Naturalisation oder Abgabe der Erklärung, Bürger werden zu wollen; b) Bezahlung von hohen Beitrittsgebühren; c) Zustimmung der Zentralvorstände; d) Vorweisung der Mitgliedskarte einer ausländischen Gewerkschaft.

a) Im Jahre 1887 nahmen die Maurer und die Brauereiarbeiter die Vorschrift an, daß im Ausland geborene Bewerber nur nach erfolgter Naturalisation oder der Erklärung der Absicht, Bürger zu werden, zur Mitgliedschaft zugelassen werden dürfen. Unter den andern Gewerkschaften, die seither ähnliche Vorschriften annahmen, befinden sich die Bäcker und Konditoren, Zimmerer, Fensterglasmacher, Marinemaschinen, Hotel- und Restaurationsbedienten, Musiker, Schiefer- und Ziegeldecker und die Holzbildhauer. Die Gründe, die gewöhnlich vorgegeben werden, um das Erfordernis des Bürgerrechts zu erklären, sind politische und wirtschaftlicher Natur. Die vereinigten Brauereiarbeiter begründeten auf ihrem Verbandstag im Jahre 1887 die Notwendigkeit der Erwerbung des Bürgerrechts seitens der Mitglieder damit, daß sie mithelfen an der sozialen und politischen Reformierung unseres Adopтивvaterlandes. In den meisten Fällen aber ist dieses Erfordernis eines der Mittel, die angewendet wurden, um vor der Einwanderung abzuschrecken.

b) Gewisse Verbände verlangen von Einwanderern höhere Beitrittsgebühren als von andern Bewerbern. Hohe und in einigen Fällen unerschwingliche Beitrittsgebühren wurden eine Reihe von Jahren hindurch von den Einwanderern gefordert seitens der Kristallglasmacher, Glasflaschenbläser, Fensterglasmacher, Porzellanarbeiter, Drahtweber, Steinhauer, Granitbauer, Spitzenarbeiter, Lithographen, Tapetenschneider und Brauereiarbeiter. Seit 1895 verlangen die Drahtweber und seit 1903 die Glasflaschenmacher von eingewanderten Bewerbern um die Mitgliedschaft 500 Dollar. Das ist die höchste regelmäßige Gebühr, die gegenwärtig von Mitgliedschaftsbewerbern in amerikanischen Gewerkschaften gefordert wird.

c) Eine kleine Anzahl von Zentralverbänden nimmt Einwanderer bloß bei Genehmigung seitens der Zentralbeamten, des Zentralvorstandes oder der ganzen Mitgliedschaft auf. Hierzu gehören die Verbände der Glasmacher, die vereinigten Hutmacher, die Tapetenschneider, die Tapetendrucker, die Drahtweber, die Spitzenarbeiter und die Brauereiarbeiter.

d) Eingewanderte Arbeiter, die Ausweise der Mitgliedschaft in einer ausländischen Gewerkschaft vorweisen, werden in einigen der amerikanischen Verbände ihres Gewerbes zu günstigen Bedingungen aufgenommen. Im Jahre 1889 traten die Zigarrenmacher die Einrichtung, ohne Beitrittsgebühr die Mitglieder jeder fremden Zigarrenmachergewerkschaft aufzunehmen, die als Gegenleistung die Reisekosten des amerikanischen Verbandes anerkennt. In ähnlicher Weise nahmen die Maschinenbauer, Förmer, Bäcker und Konditoren, Brauereiarbeiter, Schuhmacher,

Schneidergehilfen und Schriftsetzer jeden Einwanderer ohne Zahlung einer Gebühr auf, wenn er den Beweis der Mitgliedschaft in einem ausländischen Verband desselben Gewerbes vorlegt.

Blau eine kleine Anzahl von Zentralverbänden verbietet gegenwärtig die Aufnahme von Arbeiterinnen ganz. Die Presse, Uhrschalengezeuere und die Weichenwärter haben seit einer Reihe von Jahren Frauen von der Mitgliedschaft vollständig ausgeschlossen.

In den meisten amerikanischen Gewerkschaften ist zur Aufnahme eines Mitgliedschaftskandidaten erforderlich, daß die Mehrheit der in der Organisationsversammlung anwesenden Mitglieder für die Aufnahme stimmt.

In den meisten amerikanischen Gewerkschaften ist zur Aufnahme eines Mitgliedschaftskandidaten erforderlich, daß die Mehrheit der in der Organisationsversammlung anwesenden Mitglieder für die Aufnahme stimmt.

Schuldbüchlein

Gründungsfeier heute für neue Mitglieder verlangt der Kampfsieger für Sozialistenunterstützung, dem bekanntlich die Jungensorganisation aller Arbeiterangehörigen in einem Ganzen in dem Selbstvertrauen des Reiches liegt.

Für die Arbeiterinnen

Die „Schlüsselgewalt“ der Kriegsgeldbeschweren

Es wurde allgemein in dem Krieg nur völlig unbegrenzte Bedürfnisse geachtet worden. Jede Kriegsgeldbeschwerer hat seinen Grund in der Notwendigkeit, die Notwendigkeit der Arbeiterinnen zu berücksichtigen.

Nach dem hiesigen Stand hat der Mann und Frau der 10. und 11. den gemeinsamen Haushalt zu übernehmen, er hat in dem gemeinsamen Haushalt zu übernehmen.

in der Regel bis zu dem hiesigen Wirkungsbereich der Geschäfte des Mannes für ihn zu betreiben und ihn zu vertreten. Rechtsgelehrte, die sie innerhalb dieses Wirkungsbereiches nominieren, gelten als im Namen des Mannes vorgenommen.

Im Grunde der Schlüsselgewalt gilt die Frau für gewisse Geschäfte als Bevollmächtigte des Mannes, sie ist berechtigt, diese in seinem Namen vorzunehmen und abzuwickeln.

Die Grenzen der Schlüsselgewalt sind verschieden, sie ist bei einer Arbeiterin anders als bei der Frau eines Gebildeten, und jetzt in der Kriegszeit weitgehend anders als im Frieden.

Gewerkschaftliches

Neuer Gewerkschaftsstatut haben seit der letzten Berufung noch anerkannt. Fernstudien zu München und der Reichsverband zu Nürnberg-Schwanheim.

25 Jahre Gewerkschaften im Königreich Bayern. Die in Europa blühende Arbeiterbewegung beschäftigt sich mit der Gelegenheit nicht zu geben lassen, einer Menge von Jubilaren öffentlich ihre Glückwünsche auszusprechen.

Menschen

Feit 25 der „Neuen Zeit“ vom 17. September 1915. Inhalt: Jakob Rüttner: Die größere Gefahr.

Spieleffens am 25. September ist der 40. Wochenbeitrag für 1915 (26. Sept. bis 2. Oktober) fällig.

Mitglieder bzw. öffentliche Versammlungen

- Freitag, 20. September: Ruffingen-Wilhelmshafen. Bei Süddenberg, Gasse Peterstr. 86, Ruffingen.
Mittwoch, 22. September: Hensberg. Im Gewerkschaftshaus.
Donnerstag, 30. September: Albed. 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Freitag, 2. Oktober: Hildsburg. 7 1/2 Uhr im „Bienenhaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz.
Freitag, 3. Oktober: Dortmund. 3 Uhr. „Im Rinner“, Gasse Kampstr. 89.
Saarbrücken. 8 Uhr im „Heide-Gasthaus“, Schillerkalle.

Anzeigen

Kriegsopfer! Es seien folgende unserer Mitglieder: Am 1. August in Rußland der Vater.

Josef Wagner 34 Jahre alt; am 29. August ebenfalls in Rußland der Vater.

Karl Dietrich 29 Jahre alt; jenseit am 9. September in Frankreich der Vater.

Franz Stehr 27 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken. Verwaltung Berlin.

Nachruf. Als Opfer des Weltkrieges starben infolge der Strapazen die Kollegen.

Franz Höping und Carl Staat. Wir werden sie nie vergessen und ihr Andenken in Ehren halten. Jahrestelle Dortmund.

Nachruf. Am 17. September starb unser treues Mitglied.

Sebastian Windmassinger im Alter von 84 Jahren. Wir werden denselben stets ein ehrendes Andenken bewahren. Jahrestelle Hünneberg.

Zwieback, Semmel alt und Bruch usw. 100 Stk. J. O. Rohleder, König-Georgstr. 45.

Nürnberg Bäckerei- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Herfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et.

Prima Äpfel, Prima Zwetschen. Januar 10 bzw. 15 Mark. Versandhaus Bergmann, Hannover, Göttingerstr. 6.